

Weiter belastende Zahlen von der staatlichen Pensionsfront!

Steigende Sozialausgaben werden Schuldenberg für die nächste Generation wachsen lassen. Altersarmut bei Frauen droht.



Kürzlich berichtete DER STANDARD über aktuelle Zahlen der Statistik Austria, die leider weiterhin Handlungsbedarf offenlegen. Doch der Regierung scheint diesbezüglich der Reformeifer zu fehlen, glaubt man der zuständigen Ministerin Hartinger-Klein, die in der Fachpresse (ORF, AssCompact) mit der Aussage zitiert wurde, dass die Regierung das Pensionsantrittsalter bis 2023 nicht erhöhen werde, weil es nicht im Regierungsprogramm stehe. Auch seien die Pensionen finanziell abgesichert, sagte die Ministerin vor dem EU-Sozialrat in Brüssel.

Das sehen zahlreiche Studien und Expertenberichte jedoch anders. Der Mercer-Pensionsindex warnt seit Jahren, dass das österreichische Pensionssystem nicht nachhaltig genug sei. Auch die OECD weist schon längere Zeit auf die Notwendigkeit von Reformen hin. ([zum Nachlesen hier klicken](#))

Und im heurigen Frühjahr zeigte ein **EU-Bericht ebenso Handlungsbedarf bei Pensionen und im Gesundheitswesen auf.** Bereits im Vorjahr hat die EU-Kommission festgestellt, dass Österreich vor „großen finanziellen Herausforderungen“ stehe, da die Kosten für Gesundheitsversorgung, Langzeitpflege und Pensionen in Zukunft „erheblich steigen dürften“, zitierte das VersicherungsJournal aus dem Bericht. Diesen können Sie [hier herunterladen](#) und nachlesen. Ab Seite 21 geht es um die **Pensionsdynamik: Durch die Überalterung** entsteht Handlungsbedarf, der auch nicht dadurch beseitigt werde, dass man das tatsächliche Pensionsantrittsalter an das gesetzlich vorgesehene heraufführe. Aber genau das war die Hoffnung der Regierenden in den letzten Jahren. Ansätze einer diesbezüglichen Verbesserung gab es in den letzten Jahren, doch im Vorjahr hat sich nichts mehr verändert, wie aktuelle Zahlen der Statistik Austria belegen:

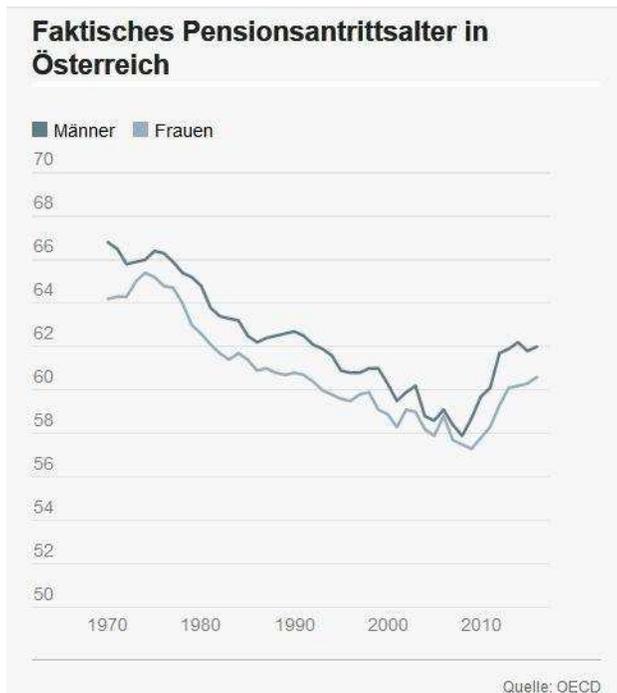
DER STANDARD zitiert: Mehr Bezieher, gleiches Antrittsalter ...

Die konkreten Zahlen. Per Ende 2017 wurden insgesamt 2.774.332 Pensionen und Renten ausbezahlt (plus 0,5%). 84% stammen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung (Arbeitnehmer, Selbstständige, Bauern), 12% waren Beamtenpensionen. Der Rest stammt aus Unfallrenten und Ähnlichem. Während die Zahl der Invaliditäts-Pensionisten sank, stieg jene der Alters-Pensionisten um 0,7 %. Somit keine Entspannung in Sicht. Wie erheblich das Problem gewachsen ist, zeigt der Vergleich: **Seit 1970 ist die Zahl der ausbezahlten Pensionen** aus der Pensionsversicherung um **mehr als 80 Prozent angestiegen.**

Pensionsantritt früher als 1972, Pensionsdauer aber fast 4x so lange wie 1972

2017 hat sich das **durchschnittliche Antrittsalter nicht merklich geändert.** Im Vorjahr lag es bei der Alterspension bei Männern bei 63,3 Jahren (2016: 63,3) und Frauen bei 60,4 Jahren (2016: 60,3). Bei Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspensionen (ohne Reha-Geld für potenzielle Wiedereinsteiger) lag es bei 55,1 beziehungsweise 51,9 Jahre.

Zur Erinnerung: Damit ist das aktuelle Pensionsantrittsalter niedriger als in den 70-er Jahren des vorigen Jahrhunderts.



Grafik: DER STANDARD, basierend auf OECD-Studie

Gleichzeitig können wir viel länger die Pension genießen: 1971 war man durchschnittlich 8 Jahre in Pension, 1991 bereits 15 Jahre und 2011 sogar 22 Jahre. Diese Zahlen nannte 2016 der damalige Finanzminister Schelling. Da wir statistisch betrachtet pro Jahr 2 Monate Lebenszeit gewinnen, liegen wir nun wohl schon bei 23 Jahren!

Höhe der Pensionen 2017?

Männer erhielten im Durchschnitt EUR 1.918, Frauen lediglich EUR 1.094 Alterspension (Stand Dez. 17). Die Durchschnittspension aus allen Arten von Pensionen betrug ohne Zuschüsse wie etwa Pflegegeld gar nur EUR 1.277. Und noch bedenklicher: **Jede/r Zweite hat weniger als EUR 1.291 brutto Alterspension.** Über alle Pensionsarten berechnet beträgt dieser statistische Mittelwert gar nur EUR 1.095 brutto (die niedrigen Pensionen der Bauern, aber auch die Invaliditäts-/Erwerbsunfähigkeitspensionen drücken den Schnitt).

Ob man damit bei ständig steigenden Fixkosten Auskommen finden kann? Wohl kaum. (Siehe dazu unseren Bericht im September-BAV-Newsletter: [hier klicken...](#))

Was aber für die Einzelnen problematisch werden kann (geringe Pensionshöhe), ist in Summe durch die gesellschaftlichen Veränderungen (steigende Lebenserwartung, weniger Einzahler bei ständig steigender Pensionisten-Zahl, späterer Berufseinstieg (Studium/Präkariatsjob) etc.) eine **Herkules-Aufgabe. Nämlich die Stabilisierung des staatlichen Pensionssystems. Muss doch jedes Jahr der Staat das Defizit von rund EUR 9 Mrd. abdecken (siehe dazu unseren Bericht im BAV-NL vom Februar 2018: [hier klicken...](#))**

Schuldenberg Österreichs

Kann sich der Staat die Defizitabdeckung im Sozialbereich auch künftig leisten? Oder bleibt in Zukunft weniger Geld für Pensionen, Gesundheit und Pflege übrig? Wie stark werden die künftigen Generationen vom österreichischen Schuldenberg belastet?

Diese Fragen hat **Agenda Austria** – ebenfalls an Hand aktueller Zahlen der Statistik Austria – zu beantworten versucht. Und kommt in einer **aktuellen Studie** zur Ansicht, dass zwar die österreichische Wirtschaft „brummt“ (3%

Wirtschaftswachstum). Dadurch sprudeln die Steuereinnahmen und die Sozietöpfe werden nicht so stark beansprucht (weniger Arbeitslose beziehen Arbeitslosengeld, mehr Arbeitende zahlen in die Pensionskassa ein etc.).

Dennoch stehe die **österreichische Finanzpolitik vor sehr großen Herausforderungen**. Denn durch die demografische Entwicklung (gemeint ist die Überalterung) werden die Ausgaben für Pensionen, Gesundheit und Pflege nicht nur absolut sondern auch im Verhältnis zum BIP bis zum Jahr 2060 deutlich ansteigen.

Zwar nimmt Agenda Austria an, dass durch die gute Wirtschaftsentwicklung der Zuschuss-Bedarf zu den Pensionen kurzfristig sinken wird, doch **nach 2020** wird er aufgrund der Demografie von aktuell 14,6 **auf 16% des BIPs** (also der Summe der Wirtschaftsleistung Österreichs) wachsen. Im gleichen Zeitraum werden auch die Gesundheitsausgaben um 1,6% steigen und die Pflege-Ausgaben werden sich auf lange Sicht sogar auf 2,3% des BIPs verdoppeln. Das alles wird nach einer kurzen Verschnaufpause (heuer und nächstes Jahr wird die Staatsschuldenquote durch gute Wirtschaftslage und Auslaufen der Bankenrettungspakete sinken) die **Staatsverschuldung wieder ansteigen** lassen.

Unterstellt man weiters, dass die **Nullzinspolitik** der Europäischen Zentralbank ebenso wie in den USA bald beendet werden wird, dann dürfen keine Wahlgeschenke verteilt werden, sondern sind „tiefgreifende Reformen nötig, um die Staatsfinanzen nachhaltig zu gestalten“. Agenda Austria fordert daher eine stabile Pflegefinanzierung und eine **Anhebung des Pensionsantrittsalters**. Mit den Mehreinnahmen könne man zumindest teilweise den demografischen Entwicklungen entgegenwirken.

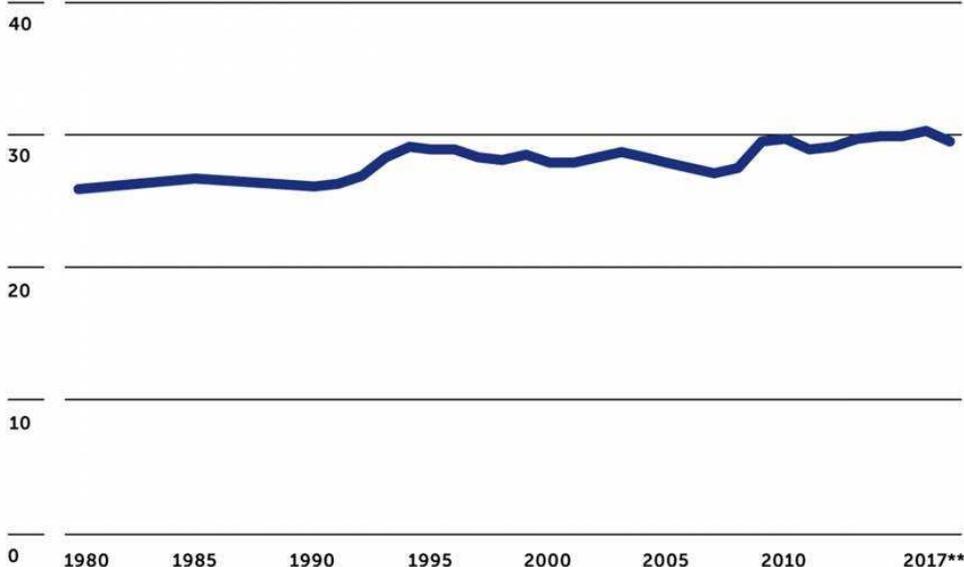
Sozialausgaben auf Rekordstand

2017 sind die staatlichen Ausgaben für Soziales auf einen neuen **Höchststand** von EUR 110 Milliarden geklettert. Etwas weniger als die Hälfte, konkret EUR 52,3 Milliarden, wurden alleine für Pensionsleistungen aufgewendet (inklusive Beamte).

Die Sozialquote – Anteil der Sozialausgaben an der gesamten Wirtschaftsleistung, BIP – liegt bei 29,5%.

Entwicklung der Sozialquote in Österreich

– Anteil der Sozialausgaben* am Bruttoinlandsprodukt, in Prozent



Quelle: Statistik Austria (2018).

Anmerkungen: *Es handelt sich um Sozialausgaben nach Definition der europäischen Sozialschutzstatistik ESSOSS. **Vorläufiger Wert für 2017.

Grafik: Agenda Austria

Die Sozialquote ist aufgrund der brummenden Wirtschaft leicht gesunken, lag sie doch 2016 sogar über 30%. **Doch von Entspannung keine Spur:**

„Die Sozialquote ist trotz der guten Konjunktur auf einem hohen Niveau. So ist Österreichs Wirtschaft mit 3,0% real so stark wie seit 2011 nicht mehr gewachsen, gleichzeitig aber sind die Sozialausgaben gestiegen“, zieht Agenda Austria-Ökonom Lukas Sustala Bilanz.

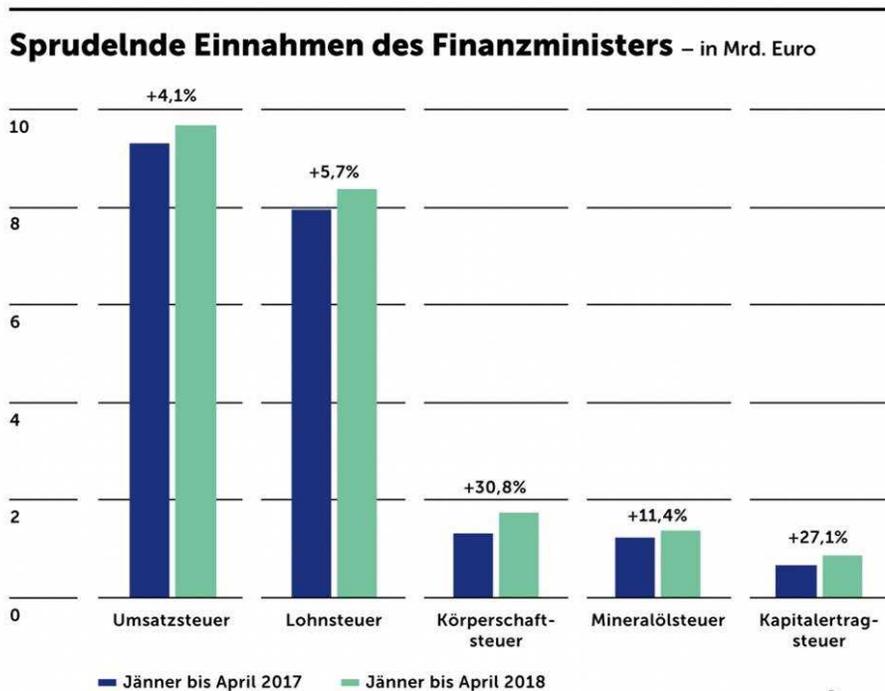
Pensionsreform wie in Schweden nötig

Da die Sozialausgaben in den Bereichen Gesundheitsversorgung (plus 4,4%) und Alter/Pensionen (plus 2,7%) besonders stark angestiegen sind, fordert der Pensionsexperte der Agenda Austria, Wolfgang Nagl, „eine Pensionsreform wie in Schweden“. Das schwedische System sei nachhaltig, weil es sich automatisch an demographische Entwicklungen anpasst. Damit seien langwierige politische Diskussionen nicht mehr nötig. Das Ergebnis sei für alle Generationen fair.

Seit dem Jahr 2000 seien die Sozialausgaben in Österreich um „zehn Prozentpunkte schneller gewachsen als das BIP. Die Regierung sollte die aktuell sehr gute Konjunktur nutzen und sich Spielräume erarbeiten, gerade wenn gegen Ende der Legislaturperiode im Jahr 2020 eine Steuerreform umgesetzt werden soll“, meint Sustala von Agenda Austria.

Sprudelnde Staatseinnahmen

Wie viel Geld die Hochphase der Konjunktur aktuell in die Steuertöpfe einspielt, zeigt die folgende Grafik:



Quelle: Bundesministerium für Finanzen (BMF).



Grafik: Agenda Austria

2018 sind also die Steuererlöse im ersten Halbjahr deutlich über Plan gewachsen. Gleichzeitig gingen die Staatsausgaben zurück, was laut Agenda Austria vor allem auf Sondereffekte zurückzuführen ist (u.a. die Milliardenbelastungen durch die Heta im Vorjahr und die einmaligen Einzahlungen für die „verstaatlichten“ Bank Austria-Pensionisten). Ohne diese Sondereffekte wären die Staatsausgaben erneut gestiegen.

Alle Zahlen und Studien zeigen: Die Belastungen für das staatliche Gesundheits- und Pensionssystem werden zunehmen. Daher kann die Empfehlung nur lauten: Die erste Pensionssäule ist durch eine zweite und dritte Säule abzustützen. **Also gilt es, betrieblich und/oder privat vorzusorgen, um sich auch im Alter den gewohnten Lebensstil leisten zu können.**

Das gilt ganz besonders **für Frauen**, da durch die Lohnschere zwischen Männern und Frauen (die im letzten Jahr sogar weiter aufgegangen ist), die Kinder-Pause und das frühere Pensionsantrittsalter besonders häufig Altersarmut droht. Darauf sollten Sie, werte Beraterin, werter Berater, Ihre Kunden und vor allem Kundinnen hinweisen.

Quellen: DER STANDARD, VersicherungsJournal, Statistik Austria, Agenda Austria